

In einer Medienmitteilung vom 30. Oktober 2023 teilte das für die Unterbringung von Asylbewerbern zuständige WSU mit, dass per Ende 2023 die Zivilschutzanlage Bonergasse geschlossen werde und aufgrund der anhaltend hohen Zuweisungen von Flüchtlingen für die Erstaufnahme und -unterbringung die unterirdische Anlage in der Grün80 bereitgestellt werden muss.

Mit dieser Bekanntmachung gibt der Regierungsrat erstmalig zu, dass auch er vom von SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider verursachten Asylchaos betroffen ist und die Situation im Kanton Basel-Stadt alarmierend ist. Einzelne Kantone, wie Aargau oder Luzern, haben schon im Sommer den Asylnotstand ausgerufen.

Sämtliche internationalen Prognosen gehen davon aus, dass sich das Migrationsproblem in den kommenden Monaten noch verschärfen wird und Europa noch viel stärker vom anhaltenden Asylchaos betroffen sein wird. Entsprechend ist auch der Kanton Basel-Stadt in einer ungünstigen Situation und es ist zu befürchten, dass der Regierungsrat – wie leider in der Vergangenheit – erneut Flüchtlinge in die Wohnquartiere setzen will.

Diese Platzierung hat in der Vergangenheit zu grossen Problemen und zu einer enormen Verschlechterung der Sicherheitslage im Kanton beigetragen. So wurde in der Basler Zeitung vom 31. Oktober 2023 berichtet, dass im Zusammenhang mit der Unterkunft an der Bonergasse es zu Störungen und Auseinandersetzungen zwischen der Quartierbevölkerung und dort platzierten Asylbewerbern kam und kommt. Immer wieder wird auch von Diebstählen, versuchten Einbrüchen und anderen Delikten berichtet. Auch kommt es häufig zu lauten Streitereien und Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Asylbewerbern.

Entsprechend unsinnig ist es, dass der Kanton offenbar weiterhin Asylbewerber in Unterkünften in Wohnquartiere setzen will – und das Problem somit weiter verschärft. So hält der Regierungsrat in seiner Medienmitteilung fest, dass er beabsichtigt, wieder überirdisch Plätze zu schaffen, um die Anlage in Grün80 möglichst bald wieder zu schliessen.

Diesen Umstand gilt es deutlich zu kritisieren und zu hinterfragen. Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb hat die Regierung, der für die Anwohnerschaft unhaltbaren Situation, an der Bonergasse nicht schon früher Rechnung getragen und die Anlage geschlossen?
2. Ist der Regierungsrat mit dem von Bundesrätin Baume-Schneider verursachten Asylchaos ebenfalls, wie die Justizministerin, überfordert?
3. Welche Massnahmen hat der Regierungsrat ergriffen, um das Asylchaos zu beenden und wie hat er in Bern bei der zuständigen Bundesrätin interveniert, um endlich
 - a) für einen Stopp illegaler Migration zu sorgen?
 - b) die dringend notwendigen Grenzkontrollen in Basel, wie es die Bundesrepublik Deutschland und andere Anrainerstaaten schon seit Wochen praktizieren, durchzusetzen resp. wieder einzuführen?
 - c) sicherzustellen, dass die öffentliche Sicherheit, angesichts der vielen Delikte, die derzeit von Asylsuchenden in der Schweiz begangen werden, in Städten wiederhergestellt werden kann?
4. Weshalb erachtet der Regierungsrat Asylunterkünfte in Wohnquartieren, angesichts eingangs erwähnter unhaltbarer Zustände in der Bonergasse, für weiterhin den richtigen Weg?
5. Wie will der Regierungsrat sicherstellen, dass die Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt nicht von zuständigen Asylunterkünften betroffen ist?
6. Welche Asylunterkünfte in Wohnquartieren sind derzeit geplant?
7. Basierend auf den SEM-Prognosen: Mit wie vielen zusätzlichen Flüchtlingen muss in unserem Kanton in den kommenden Monaten gerechnet werden?
8. Aus welchen Ländern stammen diese?

9. Wäre es nicht auch in Basel-Stadt an der Zeit, den Asylnotstand auszurufen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen, damit die Bevölkerung nicht noch stärker vom Asylchaos belastet wird?

Pascal Messerli